

Nutzung der Chancen für Pensionierte bei der digitalen Transformation im Service Public

Die Digitalisierung eröffnet Pensionierten neue Möglichkeiten und birgt gleichzeitig Herausforderungen. Um sicherzustellen, dass die Pensionierten von den Vorteilen der digitalen Transformation im Service Public profitieren und die Risiken minimiert werden, fordern wir als Gewerkschaft gezielte Massnahmen von Staat und Service-public-Unternehmen.

Forderungen an den Staat

1. Digitale Bildung und Schulung:

- Einrichten und Finanzieren von kostenlosen oder kostengünstigen Schulungsprogrammen für Pensionierte zur Förderung digitaler Kompetenzen.
- Unterstützen von Volkshochschulen, Bibliotheken und gemeinnützigen Organisationen beim Entwickeln und Durchführen solcher Programme auf lokaler Ebene.
- Kantone sollen die Gemeinden beauftragen, Supportstützpunkte einzurichten, die Hilfe beim Ausfüllen der digitalen Steuererklärung, beim Onlinebanking, Onlinevoting etc. anbieten (allenfalls in Zusammenarbeit mit Dritten).

2. Zugang zu digitaler Infrastruktur:

- Aufwendungen für Internetinfrastrukturen bei Userinnen und Usern mit tiefen Einkommen oberhalb der EL-Grenze sollen bei den Bundes-steuern abzugsberechtigt sein.
- Für EL-Bezügerinnen und EL-Bezüger sollen Aufwendungen für Internetinfrastrukturen leistungsberechtigt sein.

3. Barrierefreie digitale Dienste:

- Sicherstellen, dass alle staatlichen digitalen Dienste und Websites barrierefrei und seniorinnen- und seniorenfreundlich gestaltet sind (Seh- und Hörbehinderte).
- Regelmässiges Überprüfen und Anpassen dieser Angebote an die Bedürfnisse von Pensionierten.

4. Schutz vor digitalen Risiken:

- Stärken der Aufklärung über Datenschutz und IT-Sicherheit, um Pensionierte vor Cyberkriminalität und Betrug zu schützen.
- Durchsetzen und Erhalten strenger Datenschutzgesetze zum Schutz persönlicher Daten.

5. Gemeinschaftsinitiativen:

- Fördern von Gemeinschaftsprogrammen und Initiativen, die Pensionierte in die digitale Gesellschaft integrieren, wie z.B. intergenerationelle Projekte, digitale Stammtische, Computerias und Workshops.
- Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und Vereinen, um digitale Bildung und Teilhabe zu fördern.

Forderungen an Service-public-Unternehmen

1. Unterstützung bei der digitalen Teilhabe:

- Entwickeln und Bereitstellen von kostenlosen speziellen Support-Diensten und Anlaufstellen für Pensionierte, die digitale Technologien nutzen möchten.
- Einrichten von leicht zugänglichen und verständlichen Anleitungen und Tutorials für digitale Anwendungen.
- Anbieten von physischen Kursen, e-learning und persönlichen Hilfsangeboten.
- Einrichten von telefonischen Hotlines und physischen Beratungsstellen in Städten und grösseren Gemeinden.
- Anbieten eines kostenlosen telefonischen Kundendienstes, bei dem ÖV-Billette bestellt werden können, die sofort auf den SwissPass geladen werden.
- Prepaid-Karten für den anonymisierten Bezug von ÖV-Billetten anbieten.

2. Benutzerfreundliche Gestaltung:

- Entwickeln und Gestalten digitaler Produkte und Dienstleistungen mit einem klaren Fokus auf Benutzerfreundlichkeit und intuitive Handhabung.
- Einbeziehen von Pensionierten in den Entwicklungsprozess, um deren Bedürfnisse und Herausforderungen zu berücksichtigen.

Diese Resolution ist ein Aufruf an den Staat und an die Service-public-Unternehmen in der Schweiz, gemeinsam Massnahmen zu ergreifen, um den digitalen Graben zu überbrücken und die Chancen der Digitalisierung für Pensionierte zu nutzen. Die Umsetzung dieser Forderungen ist essenziell für die Schaffung einer integrativen und gerechten digitalen Gesellschaft. Letztlich darf niemand durch die Digitalisierung und durch «digitalen Zwang» vom Zugang zu Dienstleistungen des Service public und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen und benachteiligt werden.

Bern, 29. Januar 2025